

ohne jedoch die mittlerweile ausgebrochenen Kämpfe auch nur zu erwähnen. Die demonstrative Anwesenheit von Priestern und Bischöfen etwa bei der Landung General Galtieris auf den Inseln und in den Propagandasendungen des Fernsehens für den „Patriotischen Fonds“, eine Spendenaktion „für die Kosten des Krieges“, lassen vermuten, daß die argentinischen Bischöfe in ihrer Mehrheit auch die militärischen Entscheidungen ihrer Regierung im Zusammenhang mit dem Falkland-Konflikt billigen. Es bleibt also festzuhalten, daß die Anwendung von Waffengewalt im Falkland-Konflikt *von keiner der direkt betroffenen katholischen Ortskirchen verurteilt* worden ist, auch nicht zu einem Zeitpunkt, als sogar von offi-

zieller Seite mehrere Hunderte von Toten und Vermißten gemeldet wurden. So entsteht das grotesk anmutende Bild, daß ein bewaffneter Konflikt, den zumindest die übrige westliche Welt für völlig überflüssig hält, die auf Universalität haltende katholische Kirche da, wo sie betroffen ist, zur patriotischen Hilfstruppe ihrer Nation werden läßt. Dadurch erscheint auch die Übereinstimmung mit Rom gestört, denn die kritische Feststellung des Papstes in Portugal, er sei erschüttert über die Leichtigkeit, mit der heute noch der „Illusion stattgegeben wird, der Krieg könnte einen gerechten und dauerhaften Frieden bringen“, mußte auch die Bischöfe Argentiniens und erst recht Großbritanniens zum Adressaten haben.

Es ist sicher leichter für die Kirche, in politischen Konflikten *als außenstehender Dritter* zu vermitteln, als innerhalb einer Gesellschaft, in der sie – in diesen beiden Fällen unter schwierigen Bedingungen – lebt und wirkt, innerlich unabhängig von diesem Umfeld Zeugnis zu geben. Daß beide Kirchen bei Ausbruch des Konflikts offenbar keinen Blick für die Unverhältnismäßigkeit haben, die diesen territorialen Streit zum Krieg auswachsen ließ, ist dennoch schwer verständlich. Am konkreten Fall wird deutlich, daß alle Friedensethik und -theologie nicht entscheidend in die Wirklichkeit kirchlichen Handelns dringen können, wo patriotische Betroffenheit und das Denken in nationalen Kleinwelten ins Spiel kommen. G. B.

Entwicklungen

Sozialismus und Kommunismus auf französisch

Die Parteien des gegenwärtigen Linksbündnisses

Dem französischen Präsidenten *François Mitterrand* schwebt ein „socialisme à la française“ vor, sein kommunistischer Koalitionspartner *Georges Marchais* spricht schon lange von einem Kommunismus in den Farben Frankreichs und von einem französischen Weg zum Sozialismus. Dieser nationale Anstrich zweier Parteien, die Mitglieder ideologisch orientierter Internationalen sind, wirkt recht eigenartig. Es ist kaum vorstellbar, daß ein deutscher oder britischer Sozialist einen Sozialismus deutscher oder britischer Art anbietet. Selbst die italienischen Kommunisten kamen nie auf den Gedanken, sich einen nationalen Mantel umzuhängen, um ihre Eigenpersönlichkeit herauszustellen und sich von Moskau zu unterscheiden.

Parteien eigener nationaler Prägung

Sozialismus und Kommunismus besitzen in Frankreich aber tatsächlich eine besondere Prägung, die häufig nicht genügend berücksichtigt wird. Teilweise ist sie eine Folge des gegenseitigen Verhältnisses, das in einem Wechselspiel von Konkurrenz und aufgezwungener Zusammenarbeit besteht. Teilweise stützen sich die beiden Bewegungen aber auch auf eine gemeinsame, spezifisch französi-

sche Tradition, deren Ausgangspunkt die immer noch nicht ganz verblaßten Ideale der Großen Revolution von 1789 sowie deren in die Tiefe und in die Breite gehenden Auswirkungen während des 19. Jahrhunderts sind.

Während nach der Abkehr von Lassalle die innere Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung verhältnismäßig geradlinig verlief – Marxismus, Revisionismus und Abspaltung des kommunistischen Zweigs im Anschluß an die russische Oktoberrevolution mit der Rückkehr zum revolutionären Marxismus –, ging sie in Frankreich viel kompliziertere Wege. Ihr ideologischer Nährboden war unmittelbar – ohne die Vermittlung durch Marx – das *Gedankengut der Großen Revolution* mit ihrem heute noch maßgebenden Dreigestirn: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Auf diesem revolutionären Boden trieb in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der sozialistische Idealismus seine Blüten. Er war weitgehend französischer Prägung. Lediglich der härtere, erstlich mit der Revolution spielende *Proudhon* drang über die Landesgrenzen hinaus, nicht zuletzt infolge seiner Auseinandersetzung mit Marx. Zu den Idealisten stießen die sozialen und republikanischen Romantiker, deren Prototyp *Victor Hugo* ist. Sie bereicherten nicht nur den weitgehend heute noch ungeschöpften Wortschatz der Sozialisten, sondern be-

einflußten auch deren politische Orientierung, indem sie das Ideal zu Lasten des Wirklichkeitssinns aufwerteten. Ein bedeutender Wendepunkt war der deutsch-französische Krieg 1870/71 und die damit verbundene Pariser Kommune. Es erfolgte gleichzeitig eine *Stärkung des Nationalbewußtseins* und eine Aufrüttelung des sozialen Gewissens. Nach ihrer Konsolidierung schuf die III. Republik für die politischen Freiheiten einen größeren Spielraum, so daß die Arbeiterparteien Gestalt annehmen konnten. Die Marxisten unter *Jules Guesde* beherrschten zunächst die Szene auf dem linken Flügel, aber schon damals machte sich das heute noch das französische Gesellschaftsbild beherrschende kleinbürgerliche Element bemerkbar. Die später die III. Republik dominierende radikal-sozialistische Partei begann ihre Laufbahn in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts radikal und französisch-sozialistisch.

Man denke nur an die Rolle des ins nationalistisch-konservative Lager abgeglittenen *Georges Clémenceau*. Der Einfluß der Ideale der Großen Revolution blieb stark genug, um einen guten Teil der Kräfte der französischen Linken den Marxismus als überflüssig oder belanglos erscheinen zu lassen. Infolgedessen vermochte sich Jules Guesde mit seiner Arbeiterpartei nicht durchzusetzen. *Jean Jaurès*, in der französischen Tradition wurzelnd, stand ihm als zweiter Exponent des Sozialismus gegenüber. Gewiß, bereits damals gab es eine Verbindung mit der Sozialistischen Internationale, aber es wäre falsch, darauf auf eine echte ideologische Parallelität mit den anderen europäischen Parteien zu schließen. Während in Deutschland um die Jahrhundertwende das Ringen zwischen den orthodoxen und revisionistischen Marxisten bereits zugunsten der Revisionisten entschieden gewesen war und sich eine recht klar definierte Sozialdemokratie mit dem Schwergewicht auf der Demokratie und der Zurückweisung der Revolution herauskristallisierte, war in Frankreich ein *schwieriges Ringen um die Bildung einer aktionsfähigen sozialistischen Einheitspartei* im Gange. Es führte 1905 zu einem Kompromiß, der sich sehr schnell als Sieg Jaurès' gegen Guesde erwies.

Damals war trotz ihrer verschiedenartigen Wurzeln die französische Partei in ihrer politischen Aktion und auch aufgrund ihrer ideologischen Orientierung praktisch nicht sehr weit von der deutschen Sozialdemokratie entfernt. Jaurès gehörte außerdem zu der Minderheit der französischen Sozialisten, die an den *Internationalismus* ehrlich glaubten, im Gegensatz zu vielen anderen, die bis zum heutigen Tag in der sozialistischen Internationale kaum mehr sehen als ein gelegentliches Werkzeug und ein nützliches Aushängeschild. Aber die Formel Mitterrands traf bereits für die Partei Jaurès' zu: es war ein *Sozialismus auf französische Art*. Nach der Oktoberrevolution entstand in Frankreich keine neue kommunistische Partei, sondern die kommunistischen Kräfte innerhalb der sozialistischen Bewegung sicherten sich die Mehrheit und beschlossen den Anschluß an die dritte Internationale, d. h. die Gleichschaltung mit der Sowjetunion. Es waren die Sozialisten,

die als Minderheit nach langen Diskussionen und nicht ohne Zögern eine selbständige eigene Partei gründeten. Dieser Bruch führte zu einer ideologischen Verunsicherung, denn der in der Zwischenkriegszeit maßgebende *Léon Blum* hatte nicht den Mut zu einer klaren Entscheidung zwischen der Sozialdemokratie und dem Marxismus. Die neue Partei gab sich nicht einmal einen richtigen Namen, sondern bezeichnete sich als „Französische Sektion der Arbeiterinternationale“ (*Section Française de l'Internationale Ouvrière*), um mit der für die meisten unverständlichen Abkürzung *S.F.I.O.* in die Geschichte einzugehen. Ihr wesentliches Merkmal war die Zurückweisung des sowjetisch orientierten Kommunismus. Ziemlich schnell gelang es den Sozialisten, die durch ihre Moskauhörigkeit offensichtlich kompromittierten Kommunisten zu überflügeln, so daß *Léon Blum* mehr gegen die reaktionären Kräfte im eigenen Lande als unter dem Eindruck der faschistischen Bedrohung 1936 das Wagnis der Volksfront mit den Kommunisten einging.

Gleichgewichtsverschiebungen nach dem Zweiten Weltkrieg

Der Zweite Weltkrieg und die Widerstandsbewegung brachte den Kommunisten trotz ihrer offiziellen Billigung des Hitler-Stalin-Paktes einen starken Auftrieb, während sich die Sozialisten auf dem linken Flügel mit dem zweiten Platz begnügen mußten. Von de Gaulle aus taktischen Gründen in die Regierung aufgenommen, bereitete dieser Zusammenarbeit im Frühjahr 1947 der sozialistische Ministerpräsident *Ramadier* ein Ende, weil die Kommunisten mit allen Mitteln versuchten, die Macht an sich zu reißen und mit aller Objektivität nur als Werkzeug der Sowjetunion betrachtet werden konnten. Für die Sozialisten begann eine wenig glückliche Zeit. Ihr staatspolitisches Verantwortungsbewußtsein, aber auch die Anziehungskraft der Macht veranlaßten sie, mit der linken und rechten Mitte zusammenzuarbeiten. Sie übernahmen politisch und moralisch die *Last der Kolonialkriege*, wobei sie gelegentlich in ein rein nationalistisches Fahrwasser gerieten. Außerdem waren sie zu Kompromissen mit den konservativen Elementen gezwungen und hiermit zur teilweisen Verleugnung ihrer Ideale.

Die Folge war ein schrittweiser Niedergang, der seine endgültige Bestätigung im kläglichen Wahlergebnis des sozialistischen Präsidentschaftskandidaten *Gaston Defferre* 1969 fand. Von einigen Intellektuellen abgesehen, gab es während dieser Periode kaum ideologische Auseinandersetzungen. In einer Zwangslage begnügte sich die Partei mit rein pragmatischen Programmen.

Zwei Jahre nach dem *Zusammenbruch der alten S.F.I.O.* unter Führung Defferres sicherte sich François Mitterrand mit einer Schar Getreuer die Kontrolle der sozialistischen Partei, der er in einem zehnjährigen Ringen mit viel taktischem Geschick, und ohne sich durch Rückschläge entmutigen zu lassen, zu einem unbestreitbaren Erfolg

verhalf. Er gab ihr allerdings keinen klar definierten, einheitlichen Charakter und noch weniger ein ideologisch fundiertes Programm, sondern spielte mit ihren verschiedenen Tendenzen, die sich weniger auf Überzeugungen als auf Traditionen und Wählerinteressen stützten.

Da es ihm in der Präsidentschaftswahl 1965 nur mit Hilfe der Kommunisten gelungen war, gegen de Gaulle 45 Prozent der Stimmen zu erhalten, erkannte er sehr schnell die Notwendigkeit, sich mit den Kommunisten zur Eroberung der Macht zu verbinden. Er zog auch eine Lehre aus dem Niedergang der S.F.I.O. und *lehnte daher jede Verbindung mit den Parteien der Mitte entschieden ab*. Von Anfang an stand er vor der schwierigen Aufgabe, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten und gleichzeitig zu ihren Lasten durch eine betont sozialistische, aber demokratische und unabhängige Haltung seine Partei zu stärken. Er durfte aber auch nicht zu sozialistisch sein, denn um die Mehrheit zu erhalten, blieb er auf einen Zustrom aus der Mitte angewiesen. Schon deswegen wollte er sich ideologisch nicht binden lassen. Dies erklärt, weshalb man sich links und rechts in Frankreich unverändert die Frage stellt, *welcher Sozialismus* von Mitterrand zu erwarten oder zu befürchten ist. Bevor allerdings hierauf eine Antwort gewagt werden kann, müssen einige Grundtendenzen der „sozialistischen Familie“ Frankreichs herausgearbeitet werden.

Geringer Einfluß des Marxismus

Zunächst stellt sich die Frage nach dem *Einfluß des Marxismus* sowohl bei den Sozialisten wie bei den Kommunisten. Das „Kommunistische Manifest“ übte einen weit größeren Einfluß aus als „Das Kapital“. Der Marxismus war daher *mehr ein Werkzeug für den politischen Kampf als eine Doktrin*, mit der man sich auseinandersetzte. Die ideologische Diskussion um die Jahrhundertwende über die Deutung des Marxismus, die Unterschiede zwischen Marx und Engels und dem Revisionismus gingen an Frankreich praktisch vorbei. Bemerkenswerte französische Beiträge zur marxistischen Literatur wurden erst nach dem Zweiten Weltkrieg veröffentlicht. Mit erheblicher Verspätung entdeckte man Rosa Luxemburg und Gramsci, ebenso wie Kautsky und Bernstein. Der ehemalige französische Ministerpräsident und langjährige sozialistische Generalsekretär *Guy Mollet* wartete bis zum letzten Abschnitt seiner Laufbahn, als er mit dem Niedergang der S.F.I.O. auf ein Nebengleis geriet, mit der Gründung einer marxistischen Studiengruppe, die dann auch nur ein geringes Echo fand. Mitterrand versicherte wiederholt, kein Marxist zu sein, und der erste Sekretär der sozialistischen Partei, Lionel Jospin, erklärte im Januar 1982 wörtlich: „Die sozialistische Partei ist *keine marxistische Partei* und hat niemals die offizielle Ideologie des Marxismus anerkannt.“

Dessenungeachtet haben die Sozialisten einen Teil der marxistischen Terminologie übernommen, häufig ohne

sich über deren Tragweite im klaren zu sein. Selbst Mitterrand sieht in der Linksunion eine Klassenfront. Die Klassenkampfidée ist besonders stark unter den neuen sozialistischen Parlamentariern vertreten. Sie stützt sich auf die in sich simple Unterscheidung zwischen Reichen und Armen und ist damit weit von jeder soziologischen Analyse entfernt.

Die französischen Sozialisten sind übrigens auch *nie eine Arbeiterpartei gewesen*. Selbst ihr Wahltriumph von 1981 brachte aus ihren Reihen nur eine kleine Zahl von Arbeitern in das Parlament. Ihre wiederholten Versuche, in den Fabriken durch die Bildung von Betriebszellen, dem kommunistischen Beispiel folgend, Fuß zu fassen, blieben ohne größere Erfolge. Sie verdanken ihren Wahlsieg dem Stimmungsumschwung der sog. Kader, der freien Berufe, der Handwerker und der Kaufleute. Die verantwortlichen Sozialisten wissen sehr genau, daß sich die Mehrheit der Franzosen 1981 lediglich für einen *politischen Wandel* ausgesprochen hatte, aber nicht zugunsten einer marxistischen oder kollektivistischen Gesellschaftsordnung und noch weniger zugunsten des Klassenkampfes.

Die Kommunisten berufen sich natürlich auf den Marxismus-Leninismus, aber die ideologische Schulung ihrer Führungskräfte läßt stark zu wünschen. Im Gegensatz zu den Italienern durften die Intellektuellen stets nur Nebenrollen spielen. Sie waren ein Aushängeschild und gewissermaßen ein Luxus der Partei, sollten jedoch ihre Politik nicht beeinflussen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde nur ein einziger marxistisch geschulter Ideologe in das Politbüro aufgenommen (*Roger Garaudy*), dann aber als zu unfügsam aus der Partei ausgeschlossen. Etwas überspitzt darf man sagen, daß der Marxismus in den kommunistischen Kaderschulen nur ein „Nebenfach“ ist. Die Partei begnügt sich mit einigen Schlagworten und vor allem mit dem sowjetischen Vorbild. Ihre internen Diskussionen gelten fast ausschließlich der Taktik und nur sehr selten ideologischen Fragen. Führende italienische Kommunisten bezeichneten in den letzten Jahren wiederholt eine ideologische Auseinandersetzung mit ihren französischen Genossen wegen deren mangelnder marxistischer Schulung als unmöglich.

Ersatzstücke für eine tragende Ideologie

Am stärksten gekennzeichnet ist der französische Sozialismus durch das Streben nach mehr Gleichheit und nach mehr Gerechtigkeit in Anlehnung an die Ideale der Großen Revolution. In diesem Sinne forderte Proudhon „einen Zustand sozialer Gleichheit, der weder eine Gemeinschaft ist noch Despotismus, noch Zersplitterung, noch Anarchie, sondern Freiheit in der Ordnung und Unabhängigkeit in der Einheit“. Die Zurückweisung der „Gemeinschaft“ (*communauté*) wendet sich gegen den Staat, der die Freiheit des Bürgers permanent bedroht. Hier lag stets die klare Trennungslinie zwischen dem Sozialismus und

dem Kommunismus aller Schattierungen. Soweit es in Frankreich eine sozialistische Doktrin gibt, fordert sie *weniger Staat* und mehr Unabhängigkeit für den Bürger, während der Kommunismus nur als „Staatsreligion“ vorstellbar ist.

In der Praxis ist aber der französische Sozialismus *auf mehr Staat angewiesen*. In einem seiner Fernsehinterviews begründete Präsident Mitterrand die Notwendigkeit der Ausweitung des Beamtenapparats mit den zusätzlichen Aufgaben, die der Staat in einer sich dem Sozialismus zubewegenden Gesellschaft zu erfüllen hat. Deswegen besteht auch die nicht geringe Gefahr, daß die Dezentralisierungsbemühungen, so ehrlich sie auch gemeint sind, schließlich im Sande verlaufen werden, da Sozialismus auch immer ein Stück Dirigismus bedeutet und der Dirigismus ohne eine zentralisierte Staatsgewalt nicht auskommt. Die Große Revolution erwies sich als eines der wirkungsvollsten Werkzeuge der Zentralisierung.

Daneben besteht die Tendenz, die soziale Gerechtigkeit mit der Gleichheit gleichzusetzen. Die Losung Proudhons, „Eigentum ist Diebstahl“, bestimmt immer noch das Unterbewußtsein des französischen Sozialismus. Seit nunmehr fast zwei Jahrhunderten empfindet die politische Welt die Ungleichheit als ständige Herausforderung, teilweise ohne zu merken, daß sie im Laufe der Jahrzehnte erheblich zurückging, die Lohnhierarchie komprimiert wurde und die Angehörigen aller sozialen Schichten eingeräumten Privilegien das Gesellschaftsklima weit mehr belasten als die unterschiedlichen Einkommens- oder Vermögensverhältnisse.

Ein Ersatz für eine tragende politische Ideologie war lange der *Laizismus*, der an der Wiege der sozialistischen Bewegung Pate stand und dessen geistige Auswirkungen auch heute noch nicht verschwunden sind. Es wäre zu einfach, ihn als Antiklerikalismus zu deuten. Man darf beinahe von einer politischen Philosophie sprechen, deren Wurzeln auf die Aufklärungszeit zurückreichen und die eng mit der Vorstellungswelt einer fortschrittlich idealen Republik verbunden ist. Jedenfalls war dieser Laizismus während langer Jahrzehnte ein starkes Bindeglied für die verschiedenartigen Tendenzen des französischen Sozialismus, während sich die Kommunisten von ihm ziemlich schnell losgesagt hatten. Es ist kein Zufall, daß die jetzige Forderung eines nicht geringen Teils der Sozialisten nach Verstaatlichung der katholischen Privatschulen im kommunistischen Lager kaum ein Echo findet.

In etwas paradoxer Weise unterliegt der französische Sozialismus auch dem *Gallikanismus*, d. h., es erfolgt eine Absonderung gegenüber internationalen Bindungen. Bedingt ist dieser Zustand sowohl durch ein starkes Nationalgefühl wie durch eine weltweite Missionsidee, die sich zunächst auf den revolutionären Elan von 1789 stützte, sich aber inzwischen in den Dienst der Menschenrechte stellte. Ohne die französischen Sozialisten als nationalistic bezeichnen zu wollen, muß man doch feststellen, daß sie für den Internationalismus selten echtes Verständ-

nis aufbrachten. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren sie mehrheitlich die letzten, die sich für die deutsch-französische Wiederaussöhnung mit Überzeugung einsetzten. Es bedurfte erheblicher Anstrengungen seiner politischen Freunde, um Guy Mollet für die europäische Einigungspolitik zu gewinnen. Auch Mitterrand hielt sich diesbezüglich lange zurück. Es ist kein Zufall, daß er jetzt von einem „socialisme à la française“ spricht. Jaurès wendete sich zwar vor dem Ersten Weltkrieg ehrlich überzeugt dem Internationalismus zu, dann kam aber die bittere Enttäuschung, als die deutschen Sozialdemokraten im Reichstag in nationalem Eifer die Kriegskredite billigten.

Die Rolle Mitterrands

Die Definition des französischen Sozialismus erleichtert nicht seine politische Verkörperung durch den Außenseiter *François Mitterrand*, der als direkt gewählter Präsident einen maßgebenden Einfluß auf die Orientierung seiner Partei besitzt. Sein innerer Weg von der rechtskatholischen Studentenbewegung bis zur Linksunion ist weitgehend im Dunkeln geblieben. Seine Biographen wissen nur das, was er ihnen selbst erzählte, und er ist als geheimnisvoll schweigsam bekannt. Man glaubt immerhin annehmen zu dürfen, daß er sich während seiner politischen Isolierung in der Zeit de Gaulles eingehend mit der sozialistischen Literatur befaßte und zu der heute von ihm bekundeten Überzeugung gelangte, daß es möglich sein muß, in Frankreich eine *sozialistisch orientierte Gesellschaftsordnung in pluralistischem Geiste* unter Wahrung der demokratischen Freiheiten aufzubauen. Seine „Inspiration“ fand er vorwiegend bei den idealistischen französischen Sozialisten des 19. Jahrhunderts und in etwas schlichterer Form bei Proudhon. Die marxistischen Schriften scheinen ihn nie angezogen zu haben. Trotz seiner konservativen Erziehung ist er in der Tradition der Menschenrechtserklärung und der Großen Revolution aufgewachsen. *Jules Michelet*, der die Revolution ohne allzu große Rücksicht auf die geschichtliche Wahrheit idealisierte, hat ihn wohl stärker beeindruckt als etwa Tocqueville, zumal ihm die Literatur stets mehr sagte als die Geschichte oder die politische Wissenschaft.

Deswegen ist Mitterrand aber kein Träumer. Ganz im Gegenteil liegt seine Stärke in der politischen Taktik, die ihn zu der These veranlaßte, daß die *Sozialdemokratie in Frankreich keine Chance* besitzt, da es eines kräftigeren Sozialismus bedarf, um den Kommunisten ihre Wähler wegzunehmen. Daher das ständige Bestreben, sich von der Sozialdemokratie zu unterscheiden. Ein wesentlicher Schritt sind in diesem Sinne die *Verstaatlichungen*. Für die Kontrolle der wichtigen Wirtschaftssektoren durch den Staat hätten bereits Minderheitsbeteiligungen von 35 Prozent genügt. Erforderlich war jedoch die Konkretisierung eines sozialistischen Mythos als Ausgangspunkt für den Bruch mit dem Kapitalismus. Nach dem sozialistischen Parteiprogramm ist es nicht das Ziel, den *Kapitalismus* zu modernisieren oder seine verhängnisvollsten Auswirkungen

gen zu mäßigen, sondern ihn mittel- oder langfristig *durch den Sozialismus zu ersetzen*.

Wenn ausländische Sozialisten die Zweckmäßigkeit der Verstaatlichungen bezweifeln, wird ihnen entgegengehalten, daß sie einer französischen Tradition entsprechen und deswegen auch von der öffentlichen Meinung ohne Schwierigkeiten hingenommen werden. Nur führte diese Tradition, die auf Colbert und seinen Staatskapitalismus zurückgeht, zur Abkapselung der französischen Wirtschaft und zu ihrem Niedergang. Die Überwindung dieses Colbertismus war das stetige Bemühen der IV. und V. Republik bis zum Sieg Mitterrands.

Gegenseitige Abhängigkeit

Die *Kommunisten* fühlen sich seit Jahrzehnten verpflichtet, ihre Moskautreue durch ein betont nationales und mitunter ausgesprochen nationalistisches Verhalten zu überdecken oder zu kompensieren. Während des Zweiten Weltkriegs folgte auf die Billigung des Paktes Hitler–Stalin ihre sehr aktive Beteiligung an der Widerstandsbewegung, dies allerdings weitgehend im Alleingang und nicht selten in Rivalität mit anderen Gruppen. Von dieser doppelten Taktik sind sie bisher nie abgewichen. Die *ideologische Abhängigkeit vom sowjetischen Modell* verbindet sich mit dem ständigen Ruf nach *nationaler Unabhängigkeit*. In deren Namen unterstützen sie die Kernkraft und die atomare Rüstung. Über die Gründe ihrer engen Verbindung mit Moskau wurde viel geschrieben. Wahrscheinlich ist ihr eigenes ideologisches Fundament für den Verzicht auf die sowjetische Rückendeckung zu schwach. Sie würden sich von den Sozialisten zu wenig unterscheiden, wenn sie sich mit den Ideen der Revolution von 1789 begnügten. Daher benötigen sie das sowjetische Modell, das für sie ein Leitstern auf dem Wege zum Sozialismus ist.

Schließlich besteht zwischen Sozialismus und Kommunismus in Frankreich eine *gegenseitige Abhängigkeit*, die nicht allein ihre Taktik beeinflusst, sondern teilweise auch ihr politisches Gedankengut. Sie bewegen sich in einem widerspruchsvollen Kräftefeld, dessen Pole der Konkurrenzkampf um die Vorrangstellung in der Linken und das Streben nach Wiederherstellung der 1920 verlorenen Einheit der französischen Arbeiterbewegung sind. Die beiden Pole verpflichten die Kommunisten zur permanenten taktischen Unehrllichkeit, indem sie moskautreue und revolutionäre Forderungen zurückstellen, die Sozialisten dagegen zur Verleugnung ihrer an sich stark vorhandenen sozialdemokratischen Neigung, weil sie den Wählern, die sie den Kommunisten wegnehmen wollen, einen kernigere Sozialismus anbieten müssen und ein vorübergehender Regierungskompromiß mit den Kommunisten auf sozialdemokratischer Ebene unmöglich erscheint: Vieles spricht dafür, daß Mitterrand vier Kommunisten in seine Regierung aufnahm, um zu beweisen, daß er kein Sozialdemokrat ist. Keine der beiden Bewegungen ist jedoch gewillt, der anderen ihre Seele zu verkaufen. Gelegentliche Brückenschläge ändern nichts an der zwischen ihnen verbleibenden Kluft mit ihrem Treibhaus des gegenseitigen Mißtrauens.

Alfred Frisch

Literaturhinweise:

François Mitterrand: Ici et Maintenant, Fayard, 1980

François Mitterrand: Politique 1 und 2, Fayard, 1977 und 1982

Thierry Pfister: Les Socialistes, Albin Michel, 1977

Jean Touchard: La Gauche en France depuis 1900, Collection Points, Editions du Seuil

Claude Willard: La naissance des partis ouvriers français, Editions Sociales, 1982

Jean-François Sedouy: Voyage à l'intérieur du parti communiste, Editions du Seuil, 1974

Jean Poperey: La Gauche française (1958–1965), Fayard 1972.

In Bürokratie erstarrtes Imperium

Die Sowjetunion am Ende der Ära Breschnew

Die Ära Breschnew – bis über die Mitte der siebziger Jahre eine der erfolgreichsten und politisch stabilsten Abschnitte der sowjetischen Geschichte – geht ihrem Ende zu. Am 25. Januar dieses Jahres starb *Michail Suslow*, Chefideologe und graue Eminenz der „kollektiven Führung“, die im Oktober 1964 Chruschtschow ablöste. Ministerpräsident Kosygin, der leitende Verwaltungs- und Wirtschaftsexperte des Politbüros, und als Sprecher der Außen- und Sicherheitspolitik bis 1971 auch der eigentliche geistige Vater der Koexistenzpolitik, starb ein Jahr zuvor. Breschnew selbst, dessen Gesundheit schon seit Ende 1974 offenkundig labil geworden ist, mußte nach seinem Auftritt auf dem Gewerkschaftskongreß im März und in Taschkent am 25. März hospitalisiert werden, ja es

gab bereits Gerüchte über seinen vermeintlichen Tod. Inzwischen mehren sich aus der Sowjetunion Nachrichten, wie sie für heimliche Nachfolgekämpfe typisch sind: Korruptionsaffären, in die Mitglieder der Familie des Parteichefs verstrickt sein sollen; äsopische Kritik am Alter der Führung und speziell des „ersten Mannes“, dessen Gebrechlichkeit und mangelnde Konzentrationsfähigkeit allzu ungeschminkt im Fernsehen gezeigt werden; Profilierungsversuche hoffnungsvoller Nachfolgekandidaten – vor allem von *Konstantin Tschermenko*, ZK-Sekretär und Leiter der „Allgemeinen Abteilung“ (der „Kanzlei“ des Politbüros) – und Rückschläge anderer. Zur letzteren zählt der aus institutioneller Sicht augenscheinlichste Kandidat, der „dritte“ Sekretär *Andrej P. Kirilenko*.